

STADT

regieren mittels Raumproduktionen im Namen der Sicherheit



Städte sind im Kapitalismus seit jeher die Orte, an denen sich soziale Widersprüche räumlich manifestieren und an denen deshalb Revolten und andere Formen der Abweichung stattfinden. Sie waren und sind auch jene Orte, an denen die Apparate der Staatsgewalt den Umgang mit Gefährdungen der eingerichteten Ordnung erdenken, erproben und als erstes ins Werk setzen. Als *Kriminalpolitik*, zur Herstellung von *Innerer Sicherheit*, als Verteidigung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung«, für »Recht und Ordnung«, aber auch im Namen der Integrations-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik tragen staatliche Stellen Sorge dafür, dass *Sicherheit* gewährleistet wird. »Die Sicherheit«, so Marx in *Zur Judenfrage* (1844), »ist der höchste Begriff der bürgerlichen Gesellschaft [...], dass die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren« (1976, S. 365f.). Bis heute ist es ein Leichtes zu zeigen, dass das Recht primär der Aufrechterhaltung *dieser* Sicherheit dient, also jener von Privateigentum sowie von Leib und Leben der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Es ist kein Zufall, dass in gesellschaftlichen Verhältnissen, die eben diese Sicherheiten zu ihrer Voraussetzung haben, *Sicherheit* zum fetischisierten Wert an sich wird, der zugleich abstrakt-unbestimmt und, sobald es konkret wird, Mittel und Strategie zur Aufrechterhaltung der Verhältnisse ist. In jüngster Vergangenheit fungiert der Begriff der Sicherheit zunehmend als »semantisches und semiotisches schwarzes Loch, das es der Herrschaft erlaubt, sich tief in menschliche Erfahrung einzuschreiben«¹ (Neocleous 2008, S. 4).

Ich möchte dieses Jubiläumsheft zum Anlass nehmen um zu diskutieren, wie mittels *Sicherheit* urbane Räume produziert und regiert werden, wie also Gestalt und Bedeutung der Städte durch *Sicherheit* geprägt werden. Relevant erscheint mir dies, weil die aufgezeigten Prozesse sich nach meiner Einschätzung in der nahen und mittleren Zukunft noch verschärfen werden – und reichlich Grund zu Kritik und Anlass zu Protest liefern.

¹
Zitatübersetzungen durch
den Autor.

»Aufräumen wie in New York«

Seit ziemlich genau 13 Jahren wird in der BRD unter diesem (Spiegel-)Titel² oder mit Hinweis auf die Erfolge in New York eine »härtere Gangart« im Umgang mit Straßekriminalität, mit sichtbaren Abweichungen von der öffentlichen Ordnung (*incivilities*) und der Beeinträchtigung der Lebensqualität (*quality of life-offences*) gefordert.

Basierend auf der zur *Theorie* erhobenen Behauptung, dass sichtbarer *Verfall* einer Gegend als Zeichen geringer sozialer Kontrolle und deshalb als Einladung zum Begehen schwerer Verbrechen gelesen würde (»*Broken Windows*«), geraten die fleischgewordenen Anzeichen des Verfalls ins Visier der Kriminalpolitik. Der ideologische Clou ist dabei, dass nicht die einzelnen Bettlenden oder Alkis kriminalisiert werden, sondern deren bloße physische Anwesenheit in einem bestimmten Raumausschnitt: »Der Schaden eines einzelnen Akts des Bettelns oder Lagerns auf Parkbänken ist üblicherweise unbedeutend.« (Ellickson 1996, S. 1195) Damit wird der physische Raum selbst zum Grund für Kriminalität, d.h. sein Aussehen und sein Besatz mit sichtbaren Zeichen mangelnder sozialer Kontrolle. Solche Erklärungen *sozialer* Phänomene durch ihre Lage im *physischen Raum*, womit vom Sozialen abgesehen und ein Verhältnis zwischen Dingen als Ursache behauptet wird, kritisieren kritische Geographen und Geographinnen als Raumfetischismus (vgl. Belina 2008). *Broken Windows* funktioniert nach genau dieser Logik.

Die Durchsetzung dieser Ideologie, nach der Leute, die nach dem Maßstab der durchzusetzenden Ordnung unschön aussehen, ein Sicherheitsproblem darstellen, schreitet fort. Erst jüngst frohlockten deutsche Medien, dass nun wissenschaftlich bewiesen sei, dass »Graffiti und Müll Menschen zum Stehlen verleiten« (Baier 2008). Mit Verweis auf *Broken Windows* und den Erfolg des *New York Police Department* (NYPD) Mitte der 1990er, als »das Entfernen von Graffiti [...] und das konsequente Vorgehen gegen kleine Vergehen« die Stadt »innerhalb relativ kurzer Zeit wieder sicherer« gemacht hätten, wird eine Studie gefeiert, deren Ergebnisse an keinem geringeren Ort als *Science* publiziert wurden (Keizer, Lindenberg & Steg 2008) – und deren Ergebnisse nur auf der Basis vieler falscher Abstraktionen Gültigkeit beanspruchen können (vgl. zur Kritik Belina 2009).

Der kriminalpolitische Bezug auf New York bedeutet fast nie, dass konkrete Polizeistategien übernommen werden sollen. Jones & Newburn haben für Großbritannien gezeigt, dass beim Import im Bereich des *Policing* vor allem »Ideen, Symbole und Labels« (2006, S. 143) wandern, bei *Zero Tolerance* war es vor allem die »tough sounding« (ebd., S. 146) Terminologie. Ähnliches ist in der BRD zu beobachten, wo *Null Toleranz* sich auf alle möglichen Varianten des »harten Durchgreifens« beziehen kann. Zudem versucht hierzulande ein neuer, an Managementidealen orientierter Typus karriereorientierter Polizeibeamter mit Verweis auf das Vorbild New York den Umbau der Institution Polizei voranzutreiben – bisher eher erfolglos. Die dort eingeführten Elemente von Kontrolle und Konkurrenz auf der Basis von Kennziffern – der damalige Polizeichef von New York spricht von »police Darwinism« (Bratton 1998, S. 234) – scheitert hierzulande an geltendem Dienstrecht und der Organisationskultur der Polizei.

Ein zentrales Element der »Erfolgsstory« von New York, auf das sich auch hierzulande zunehmend bezogen wird, ist das ...

Crime Mapping

Als Mittel sowohl beim Umbau als auch für die strategische Neuausrichtung des NYPD ab 1994 fungierte das *CompStat*-System. Sein Erfinder, der seinerzeit für Taktik und Strategie zuständige stellvertretende Polizeichef Jack Maple, betont als Grundprinzipien »accurate, timely intelligence« (1999, S. 32) und darauf aufbauendes »rapid deployment that is concentrated, synchronized, and focused« (ebd.). Karten seien hierfür optimal, sie »sind Zahlen oder Geschichten weit überlegen, wenn es darum geht die unmittelbar bevorstehenden Herausforderungen an Individuen auf allen Stufen einer Organisation zu kommunizieren« (ebd., S. 105). Auf der Basis von aktuellen, kartographisch dargestellten Kriminalitätsdaten wurde die Arbeit des NYPD räumlich neu ausgerichtet. Damit wird die oben diskutierte Abstraktion vom Sozialen durch die Verräumlichung von Kriminalität (skontrolle) qua Technikeinsatz noch eine Stufe weiter getrieben.

2

Vom 7. Juli 1997. Auf dem Cover ist die Freiheitsstatue abgebildet, die anstelle der Fackel einen Besen in der rechten, anstelle der Unabhängigkeitserklärung ein Walkie-Talkie in der linken Hand und am Gürtel Handschellen, Schlagstock und Handfeuerwaffe trägt.

Bernd Belina über Stadtgeographie

Obschon ich selbstverständlich nicht die gesamte Teildisziplin überblicke, will ich im Folgenden skizzieren, welche aktuell bearbeiteten Themen mir relevant und zukunftssträftig erscheinen. Mit fallen ein: Neoliberalismus; Städtevergleiche und -rankings sowie die Mobilität von Politiken und Konzepten zwischen Städten; Einzelthemen, die in jüngerer Zeit neu oder anders als *Stadt*themen verhandelt werden. Dass es sich dabei zum Teil um Themen handelt, die ich selbst untersuche oder untersuchen will, liegt in der Natur der Sache einer solchen Aufzählung.

Der Zusammenhang von Stadt und *Neoliberalismus* ist an sich kein neues Thema, ja man könne sogar so weit gehen zu sagen, es sei ausgelutscht und vielleicht (hoffentlich?) bald schon Geschichte. Gleichwohl gilt es m.E. nach wie vor und angesichts der Krise insbesondere, die konkreten jeweiligen Inhalte, Durchsetzungen und Verlaufsformen des Neoliberalismus in Städten in Diskurs, durchgesetzten Politiken und in der Verwaltung der Stadt (insb. *New Public Management*) zu untersuchen. Aufschlussreiche Arbeiten hierzu, die etwa auf materialistische Stadt- und Staatstheorie sowie die *governmentality studies* zurückgreifen, vermögen die depolitischierende Immunisierungsstrategien der neoliberalen Stadt aufzuzeigen und dadurch Ansatzpunkte für theoretische und praktische Interventionen offenzulegen. Da es leider ganz so aussieht als würde auf die aktuelle Krise mit noch mehr Neoliberalismus reagiert, also mit noch mehr Reichtumsumverteilung von unten nach oben mittels noch mehr Privatisierung und unternehmerischer Logik in allen Sphären von Stadt und Gesellschaft, bleibt diese Thematik aktuell.

Ein Mittel um die Stadt im globalen Wettbewerb aufzustellen sind *Städterankings* (Münster als »lebenswerteste Stadt der Welt« etc.). Als Folge des unbefriedigenden Abschneidens in solchen Rankings wird zudem zunehmend die Übernahme von Konzepten und Politiken aus erfolgreicherer Städten propagiert und praktiziert. Während es hier meist um das praktisch Machen des performativen Widerspruchs geht, den die Kopie der immer gleichen Alleinstellungsmerkmale darstellt – also

städtebauliche Großprojekte (Bilbao Effekt!), *waterfront development*, Festivalisierung sowie, ganz klassisch, *race to the bottom* bei Gewerbesteuern, Kultur- und Sozialausgaben etc. –, gibt es auch interessante progressive Stadtpolitiken, die wandern: erfolgreiche *living wage*-Kampagnen, Dro- genpolitik der *harm reduction*, lokale Waffen- oder Gentechnikverbote etwa lohnt es zu studieren. Denn Politiken, neoliberale ebenso wie progressive, wandern nicht einfach von Stadt zu Stadt; vielmehr werden sie in multi- skalaren Netzwerken angeeignet, ver- ändern sich dabei, haben Rückwirkungen auf ihre Herkunftsorte und konstitu- ieren insgesamt ein Feld interurbaner Realität der Globalisierung jenseits der Apparate der Nationalstaaten.

Zu den wichtigen Themen, die für die Stadtforschung neu oder mit neuer Stoßrichtung entdeckt werden, würde ich vor allem die Auseinanderset- zung mit *Krankheiten* zählen (deren räumliche Verbreitung in der Stadt in Abhängigkeit von sozioökonomischen Aspekten, etwa bei AIDS oder Tuberkulose; ihre Ausbreitung in globalen Netzen, wie bei SARS), sowie jene mit *Migration* – und zwar jenseits der kulturalistischen bis rassistischen Debatten um *Integration*, *Multikultura- lismus* oder gar *Parallelgesellschaften*. Was die Autonomie der Migration und die Kämpfe Illegalisierter mit der Stadt machen ist viel zu wenig bekannt und birgt zahlreiche Anknüpfung- punkte für progressive Politik. Neue Relevanz erlangt angesichts aktueller Entwicklungen auch die Rolle von Tech- nologien in der Stadt, insbesondere im Bezug auf Anwendungen geographischer Informationssysteme bei Marketing, so- zialer Kontrolle sowie im Kontext des e-Government.

Schließlich gilt es trotz eines Fokus auf Stadt und Verstädterung die *Pro- vinz* nicht aus den Augen zu verlieren. Der »Idiotismus des Landlebens« (Marx/ Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, S. 466) existiert als das Andere der auch nicht besonders gescheiterten Vergesellschaftung in der kapitalistischen Stadt fort und wandelt sich in vielfältiger Weise, was sich in so unterschiedlichen Entwick- lungen wie der Stilisierung des Land- lebens zum Lifestyle der Mittelklassen und dem diskursiven und praktischen Kampf um »national befreite Zonen« in ländlichen Gebieten niederschlägt.

Maple macht deutlich, warum: »Eine Kriminalitätskarte regt jeden, der sie ansieht, zu Fragen an: Was sind die zugrundeliegenden Gründe? Gibt es da einen Crack Markt? Eine Bushaltestelle? Ein Einkaufszentrum?« (1999, S. 105) Nicht Rassismus, Armut oder Zuschreibungsprozesse sind in dieser Denke die »zugrundeliegenden Gründe« (im Orig.: »underlying causes«) für die registrierte und kartierte Kriminalität, sondern Bushaltestellen und Einkaufszentren. Die Formulierung *underlying causes* hat dabei durchaus Symbolcharakter. Noch bis weit in die 1980er Jahre waren in den USA die »root causes« das zentrale Schlagwort einer gesellschaftstheoretisch informierten Kritik am Criminal Justice System. Crime Mapping ist Produkt und Mittel des kriminalpo- litischen Wandels weg von (gesellschaftlichen) Erklärungen und hin zu (technischer) Risikokalkulation, präventivem Umgang und Strafe. Das Absehen von jeglicher gesell- schaftlichen Erklärung von *Kriminalität* und ihre Verdinglichung auf etwas tendenziell Außergesellschaftliches und technisch zu Behandelndes resultiert auch und gerade aus der kartographischen Darstellung: »Kriminalitätskartierung [...] verschleiert viele zugrundeliegende soziale Prozesse, die nicht auf der Karte gezeigt werden« (Manning 2001, S. 98). Sie sind ein konkretes Beispiel für die »Macht der Karte«, oder besser: für die Karte als Machtmittel (vgl. Belina 2010), das zudem immer häufiger zum Einsatz kommt. Während in der BRD einzelne Polizeien Vorreiterrollen innehaben (vgl. Töpfer 2008), kommt in den USA kaum noch ein *Department* ohne *Crime Mapping* aus: CompStat »has begun to sweep the nation« (Peak & Barthe 2009, S. 7).

Ebenfalls aus New York hat der Slogan von der ...

»Rückeroberung des öffentlichen Raums«

... seinen Weg in die Städte der westlichen Welt genommen. Prominent wurde er u.a. durch die *Police Strategy No 5*, deren Untertitel lautet: *Reclaiming the Public Spaces of New York* (Giuliani & Bratton 1994). In dieser »Gründungserklärung eines amerikanischen Fin-de-siècle-Revanchismus« (Smith 2001, S. 75) wird das düstere Bild eines verloren gegangenen öffentlichen Raums gezeichnet, den sich Kriminelle, Unordentliche und – was in der dort verwendeten Rhetorik weitgehend identisch ist – Minderheiten auf Kosten der gesetzestreu und ordentlichen Mehrheit angeeignet hätten. Den Kreuzzug gegen all jene Gruppen, die aus der Perspektive der weißen Mit- telklasse im Rahmen der liberalen (Stadt-)Politik der 1960er und 70er Jahre den Mund zu weit auf und die Stadt zu bunt gemacht haben, bezeichnet Neil Smith als urbanen Revanchismus, für den *Zero Tolerance* paradigmatisch stehe.

Erstaunlich ist die Neudefinition dessen, was *öffentlicher Raum* dabei bedeutet. War das Einfordern des Zugangs zu *Öffentlichkeit* und *öffentlichem Raum* bis weit in die 1980er Jahre hinein ein Mittel von Bürgerrechtsbewegungen und Linken, um soziale Gerechtigkeit einzufordern, haben sich seitdem Neokonservative diese Begriffe als Kampfvokabeln angeeignet. So kritisiert der konservative Historiker Siegel (1995) die Vorstellung von Richard Sennett (1976), nach der die Qualität öffentlicher Räume gerade in ihrer Unordnung, Unvorhersehbarkeit und Buntheit läge. In einer Philippika wider die aus seiner Sicht katastrophalen Folgen liberaler Stadtpolitik in New York kon- tert er: »Was einst als »funky« und »freakig« galt wird nunmehr immer häufiger – auch von Kindern der Sechziger – als abstoßend empfunden.« (Siegel 1995, S. 382)

Während der »freie Zugang für alle« – laut Habermas das Grundprinzip bürger- licher Öffentlichkeit: »Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausge- schlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlich- keit« (1962, S. 107) – in linken Forderungen auf ein *Recht auf die Stadt* etc. im Dienste der Subalternen angerufen wird, firmiert er auf der Rechten zunehmend erfolgreich zur Legitimierung ihres Ausschlusses. Hier tauchen die Subalternen nicht als Leute auf, die ein Recht auf freien Zugang *haben*, sondern dieses anderen Leuten durch ihre Anwe- senheit *bestreiten*. Denn, so der Kern der Umdeutung: »Um wahrhaft öffentlich zu sein, muss ein Raum ordentlich genug sein, um eine große Mehrheit zu seinem Gebrauch einzuladen.« (Ellickson 1996, S. 1174)

Der Aufstieg dieser Art der Argumentation lässt sich mit der zentralen ideologi- schen Leistung eines post-moralisch argumentierenden Konservatismus erklären.

Während die Rechte in den USA lange Zeit auf moralischer Basis gegen z.B. Homosexualität, Pornografie, Prostitution oder eben die Anwesenheit von sichtbar Abweichenden im öffentlichen Raum ins Feld gezogen und damit seit den 1960ern zunehmend gescheitert ist, entdeckt sie in der Folgezeit im ideologischen Arsenal ihres liberaler Gegners ein weit wirkungsvolleres Schwert: das *harm principle*, d.h. die Vorstellung, dass nicht der Verstoß gegen die Mehrheitsmoral, sondern nur der gesellschaftliche Schaden (*harm*) ein staatliches Eingreifen legitimiert.

Der grundsätzlichen Formulierung dieses Prinzips durch John Stuart Mill in *On Liberty* (1974 [1859], S. 68) zufolge gilt: »Dass der einzige Zweck, zu dem Macht rechtens gegen ein Mitglied einer zivilisierten Gemeinschaft gegen dessen Willen eingesetzt werden kann, die Vermeidung von Schaden für andere ist.« Aus diesem Prinzip schließen Liberale und seit den 1950er Jahren auch die Rechtsprechung, dass Verhaltensweisen, die in der Sicht der Mehrheit möglicherweise unmoralisch sind aber keinen feststellbaren gesellschaftlichen Schaden verursachen, nicht vom Staat verfolgt werden dürfen – etwas das Herumstehen im öffentlichen Raum. Seit den 1980er Jahren nun ist zu beobachten, dass Konservative ihre Forderung nach restriktiver staatlicher Regulierung von z.B. Pornografie, Drogenkonsum, Homosexualität oder Alkoholausschank explizit mit dem gesellschaftlichen Schaden begründen, der durch diese Verhaltensweisen verursacht würde (vgl. Harcourt 2001, S. 194–205). Damit passen sie ihre Argumentation der Realität der Rechtsprechung an, ohne ihre moralischen Überzeugungen aufzugeben. Homosexualität z.B. soll nunmehr nicht wegen ihrer moralischen Verwerflichkeit, sondern wegen der Gefährdung der Gesellschaft durch AIDS staatlicherseits verfolgt bzw. nicht weiter legalisiert werden.

Die Neudefinition des *öffentlichen Raums* stellt ein weiteres Beispiel dar: Indem Konservative argumentieren, dass die physische Anwesenheit sichtbarer Randgruppen den *wahren öffentlichen Raum* zerstört, führen sie nicht ihr Gesellschaftsideal von Recht und Ordnung ins Feld, demzufolge Randgruppen als moralisch Minderwertige, Lasterhafte oder Arbeitsscheue auszuschließen seien. Vielmehr betonen Sie, dass die Randgruppen *schädlich* sind für das Wohlbefinden der Mehrheit, die Demokratie und, qua *Broken Windows* und dergleichen, die Sicherheit von Leib und Leben.

Diese Argumentation gilt grundsätzlich auch für eine weitere Nutzung des öffentlichen Raums, die bei Staat und Konservativen schon immer unbeliebt war:

Politischer Protest auf der Straße

Zufällig wurde ich am 25. Juni dieses Jahres während eines Forschungsaufenthaltes Zeuge des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte Kanadas, mit dem die zentrale Protestkundgebung gegen den G20-Gipfel, der bis zu diesem Tag in der Stadt stattfand, bedacht wurde. In den Tagen zuvor hatte die lokale Polizei mit eigens neu angeschafften Wasserwerfern und anderem Gerät posiert und im Chor mit Politikern vor »anarchists«, »criminals« und »thugs« gewarnt.

Im Laufe des Protestwochenendes wurden über 1.000 Menschen in Gewahrsam genommen, viele von ihnen hatten vor dem temporären Gefängnis die Freilassung der zuvor Inhaftierten gefordert. Anlass der ersten Festnahmen waren Sachbeschädigungen an Geschäften in einigen zentralen Einkaufsstraßen der Innenstadt. Die Autoren und Autorinnen der Protestnote *Toronto Call* (2010)³ weisen darauf hin, dass diese sich in etwa auf dem Niveau der Ausschreitungen nach Eishockeyspielen bewegten, die in Kanada nicht unüblich sind – und weit weniger harsch verfolgt werden. Auch betonen sie, dass die Polizei eine absichtliche Fehlinterpretation einer kurzfristigen, nur für die Zeit des Gipfels gültigen Gesetzesänderung in die Welt und ins Werk gesetzt hätte, nach der sie alle Personen, die sich dem Zaun um das Tagungsgelände auf fünf Meter nähern, durchsuchen und bei Weigerung festnehmen können.

Mit solchen und ähnlichen – tatsächlichen oder nur behaupteten – räumlichen Variationen im Demonstrationsrecht sowie mit explizit räumlichen Polizeistategien wird insbesondere weiter südlich politischer Protest aktiv kriminalisiert. In den USA hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts ein Genehmigungssystem für Demonstrationen entwickelt, das ein polizeiliches Mittel darstellt »um politischen Dissens aktiv zu *formen*, wenn nicht gar ihn direkt zu kontrollieren« (Mitchell & Staeheli 2005, S. 797). In jüngster



Proteste gegen den G20-
(Juni 2010)
© Bernd Belina

Bernd Belina ist Juniorprofessor für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er hat in Göttingen, Grenoble und Bremen studiert, in Bremen promoviert und anschließend an der Universität Potsdam sowie am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig gearbeitet. Seine Themenschwerpunkte sind Kriminalität & Raum, Kritische Geographie und Stadtgeographie.

3

auf: <http://transformingpower.ca/en/blog/toronto-call-no-more-police-state-tactics>

Literatur

- Baier, Tina (2008): *Verwahrloste Straßen, verwahrloste Sitten*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.11.
- Belina, Bernd (2010): Kriminalitätskartierung – Produkt und Mittel neoliberalen Regierens, oder: Wenn falsche Abstraktionen durch die Macht der Karte praktisch wahr gemacht werden. In: *Geographische Zeitschrift* (im Erscheinen).
- Belina, Bernd (2009): Broken Windows Redux: Stimmt's also doch? *Kriminologisches Journal* 41(1), S. 58–62.
- Belina, Bernd (2008): Geographische Ideologieproduktion – Kritik der Geographie als Geographie. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 7(3): 510–537.
- Bratton, William (1998): *Turnaround*. New York: Random House.
- Ellickson, Robert (1996): Controlling chronic misconduct in city spaces: of panhandlers, skid rows, and public-space zoning. In: *The Yale Law Journal* 105: 1165–1248.
- Getzan, Christopher (2004): Infamous »Miami Model« of Protest Clampdown. Coming to a Town Near You. In: *The New Standard*, <http://newstandardnews.net/content/index.cfm/items/488>.
- Giuliani, Rudolph & Bratton, William (1994): *Police Strategy No. 5: Reclaiming the Public Spaces of New York*. New York.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Harcourt, Bernard E. (2001): *Illusion of Order. The False Promise of Broken Windows*. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Hogue, Ilyse & Reinsborough, Patrick (2004): Lessons from Miami: Information Warfare in the Age of Empire. In: *Synthesis/Regeneration* 34, <http://www.greens.org/s-r/34/34-19.html>.
- Jones, Trevor & Newburn, Tim (2006): *Policy Transfer and Criminal Justice: Exploring US Influence Over British Crime Control Policy*. Maidenhead: Open University Press.
- Keizer, Kees, Lindenberg, Siegwart & Steg, Linda (2008): The Spreading of Disorder. In: *Science* 322, 1681–1685.
- Krölls, Albert (2009): *Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?* Hamburg: VSA.
- Manning, Peter (2001): Technology's Ways. In: *Criminology and Criminal Justice* 1(1): 83–103.
- Maple, Jack (1999): *The Crime Fighter*. New York: Broadway Books
- Marcuse, Peter (2005): The »Threat of Terrorism« and the Right to the City. *Fordham Urban Law Journal* 32: 767–785.
- Marx, Karl (1976): *Zur Judenfrage* (= Marx-Engels-Werke 1: 347–377). Berlin.
- Mill, John Stuart (1974): *On Liberty*. Middlesex [1859].
- Mitchell, Don (2003) The liberalization of free speech: or, how protest in public space is silenced. *Stanford Agora*, <http://agora.stanford.edu/agora/volume4/articles/mitchell/mitchell.pdf>.



© Bernd Belina

Zeit (und verstärkt im Post-9/11-Kontext) werden diese Genehmigungen zunehmend räumlich enger gefasst. So war es der Protestkundgebung anlässlich des Parteitags der Republikaner im Sommer 2004 in New York nicht gestattet, wie geplant am Gebäude der UNO vorbeizuziehen und eine Abschlusskundgebung im Central Park abzuhalten – letzteres unter dem Vorwand, der Rasen, der bereits so manche Großveranstaltungen überstanden hat, würde das nicht vertragen (vgl. Marcuse 2005, S. 780f.).

Setzen Demonstrierende auf die praktische Raumeignung, um die polizeiliche »Ghettoisierung des Protests« (Mitchell 2003) zu überwinden, werden sie kriminalisiert. Gleichwohl sehen sie sich wegen der mangelnden Medienresonanz und der damit einhergehenden Wirkungslosigkeit der genehmigten Kundgebungen gezwungen, die räumlichen Vorschriften zu übertreten. In großem Stil geschah dies erstmals bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle 1999, als sich rund 20.000 Demonstrierende über die auferlegten räumlichen Einschränkungen hinwegsetzten.

Diese Übertretungen der polizeilichen (Raum-)Ordnung liefern der Staatsgewalt den Anlass garantierte Rechte einzuschränken und zunehmend Demonstrationen auch wieder komplett zu verhindern oder doch zumindest brutal zu bekämpfen. Seit dem Vorgehen der Polizei (genauer: von über 40 städtischen, einzelstaatlichen und zentralstaatlichen Polizeien) während der Proteste gegen die Verhandlungen über die Errichtung der *Free Trade Organization of the Americas* in Miami im November 2003, firmiert dieser Ansatz unter dem Namen *Miami Model*. Die drei Kernelemente dieser Strategie, die auf John Timoney, einen anderen Stellvertreter von Polizeichef Bratton im New York Mitte der 1990er Jahre, zurückgeht, sind die massenhafte präventive Sicherheitsverwahrung potenzieller Protestierender, eine massive und einschüchternde Polizeipräsenz sowie eine exzessive Informationssammlung vor und während der Demonstrationen, die gegen (potenzielle) Demonstrierende auch im Nachhinein verwendet werden können (vgl. Getzan 2004). Hinzu kommt eine Rückkehr zur vollkommenen Verteufelung von Kundgebungen, die auch nur irgendwie links sind oder sein könnten – wie auch unlängst in Toronto. Alle Protestierenden als *Kommunisten, Anarchisten* und *Gewalttäter* zu diffamieren war in den USA bis weit in die 1970er Jahre gängig und wurde nur zwischenzeitig und bezogen auf *ordentliche* Demos relativiert. Im Vorfeld und während der Proteste in Miami gab es solche Relativierungen in der polizeilichen Sprachregelung und bei den »embedded journalists« (Hogue & Reinsborough 2004) der bürgerlichen Presse nur noch selten. Die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (aka Hetze) war eine Lehre, die Timoney aus der desaströsen Berichterstattung über sein »auf der Straße« ganz ähnliches Vorgehen gegen die Kundgebungen anlässlich des Parteitags der Republikaner 2000 in Philadelphia gezogen hatte, wo er zu diesem Zeitpunkt Polizeichef war.

Fazit und Ausblick

Viele der hier diskutierten Entwicklungen den städtischen Raum betreffend geschehen seit 9/11 im Namen der Terrorismusbekämpfung, die auch und insbesondere zur Begründung baulicher Veränderungen im Namen der *Sicherheit* ins Feld geführt wird. Weitere Entwicklungen, die der Logik der Sicherheitspolitik qua Raumproduktion folgen, wären die Ausbreitung der Videoüberwachung öffentlicher Räume, die Debatte um Trinkverbote in der Öffentlichkeit (außerhalb kommerzieller Trinktempel, versteht sich) sowie um Bettelverbote oder die räumliche Verlagerung von Hilfseinrichtungen für Obdachlose und Junkies; die Reform des Polizeirechts, das der Polizei immer mehr *räumliche* Kompetenzen zuspricht, wie das Aussprechen von Aufenthaltsverboten oder die Ausweisung *gefährlicher Orte*, an denen Bürgerrechte nicht gelten (vgl. Belina 2005); sowie, im weiteren Sinn, die Debatten um Ghettos, räumlich definierte Parallelgesellschaften, »soziale Brennpunkte« u. dgl.

Gemeinsam ist ihnen allen die Tendenz *soziale* Phänomene *räumlich* zu ver- und behandeln, dabei von der gesellschaftlichen, machtvoll und stets umkämpften Herstellung dieser Phänomene in raumfetischistischer Manier abzusehen und als *Lösungen* diese Absehung praktisch wahr zu machen. Raumproduktionen werden dabei zu Herrschaftsmitteln, durch die die Regulierung der Gesellschaft mittels (Straf-) Recht und der Herstellung von *Sicherheit* im eingangs diskutierten Sinn weiter ideologisch verschleiert und verstärkt werden. Es handelt sich, mit dem Kriminologen Jonathan Simon (2007) gesprochen, um ein *governing through crime*, das durch die naturalisierende Wirkung der Verräumlichung zum *governing through crime through space* wird. Städte werden auf diese Weise sortiert, regiert und kontrolliert und dürften das nach meiner Einschätzung in Zukunft noch deutlicher werden. Die Aufgabe einer kritischen Stadtforschung in diesem Bereich wäre es, diese vermeintlichen *Raum*phänomene als das zu diskutieren und zu kritisieren, was sie sind: machtförmige und mit staatlicher Gewalt durchgesetzte und abgesicherte soziale Prozesse zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, die notwendig Armut, Elend und Gewalt produzieren, und deren Vorstellung von *Sicherheit* diese gerade nicht angeht, sondern auf Dauer stellt.

Mitchell, Don & Staeheli, Lynn (2005): Permitting Protest: Parsing the Fine Geography of Dissent in America. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29: S. 796–813.
Neocleous, Mark (2008): *Critique of Security*. Montreal: McGill – Queens University Press
Peak, Ken & Barthe, Emmanuel (2009): Community Policing and CompStat: Merged, or Mutually Exclusive? In: *The Police Chief* 76(12), http://policechiefmagazine.org/magazine/index.cfm?fuseaction=display&article_id=1968&issue_id=122009.
Sennett, Richard (1976): *The Fall of Public Man*. New York: Vintage Books.
Siegel, Fred (1995): Reclaiming Our Public Spaces. In: Kasinitz, Philip (Hg.): *Metropolis*. New York: 369–383.
Simon, Jonathan (2007): *Governing Through Crime*. New York: Oxford University Press.
Smith, Neil (2001): Global Social Cleansing: Postliberal Revanchism And the Export of Zero Tolerance. In: *Social Justice* 28(3): S. 68–74.
Töpfer, Eric (2008): Crime Mapping und polizeiliche Lagebilder. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* H. 2: S. 66–73.



© Bernd Belina